

Hanna-Renate Laurien

Die Ambivalenz der Freiheit

Freiheit und Vergänglichkeit

Freiheit ist Wesensmerkmal des Menschen, Voraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein. Die politischen Erfahrungen der letzten beiden Jahre, der letzten Wochen haben das bestätigt, und auch das Künftige wird vom Ruf nach Freiheit nicht zu trennen sein.

Diese Aussage steht nun in erregender Spannung zu der Tatsache, daß wir in diese Welt ohne unser Zutun kommen und daß auch die Tatsache unserer Endlichkeit, unseres Sterbens nicht unserer Entscheidung entspringt. Der Aufschrei eines Franz Moor (in Schillers "Räubern") gegen den "morastige(n) Zirkel der menschlichen Bestimmung", in dem der zum Morast gewordene Mensch "an den Schuhsohlen seines Enkels unflätig anklebt" (IV,2), gilt dieser Begrenzung, ja Aufhebung der freiheitlichen Existenz. Aus dieser Erfahrung der Endlichkeit erwächst die Sehnsucht nach dem Unvergänglichen, die Sehnsucht, bleibende Spuren zu hinterlassen, und gewiß — man lese das Alte Testament, die Weisheitsbücher mancher Religion — ist die Frage nach der Konsequenz eines so oder anderes gelebten Lebens, die Frage also nach der Gerechtigkeit, von der Vergänglichkeit nicht zu trennen. Gibt es nur das *Hier*, so ist der Mißbrauch der Freiheit, der Macht doch offenbar folgenlos. Zur Sehnsucht nach dem Unvergänglichen, der "Dauer im Wechsel", versuchte Goethe eine Antwort, säkular, innerweltlich, und ich zitiere sehr bewußt, wie er uns anrief: "Laß ... Schneller als die Gegenstände/ Selber dich vorüberfliehn./ Danke, daß die Gunst der Musen/Unvergängliches verheißt, /Den Gehalt in deinem Busen/Und die Form in deinem Geist." (Dauer im Wechsel).

Im Werk, das Gehalt und Form verbindet, gibt es Bleiben. Heute, da nicht wenige dies "Bleibende" infrage stellen, kommt zur Ambivalenz der Existenz des Menschen die Fragwürdigkeit des Bleibens seiner Spuren hinzu.

Im Juli-Heft 1991 von 'Diakonia' hat Karl Gabriel (Erfahrungen mit der Freiheit) bemerkt, daß die Öffnung der katholischen Kirche gegenüber der modernen Welt zusammentraf mit dem — wie er es nennt — Reflexivwerden der modernen Gesellschaft an sich selbst (242 f). Das, worauf man sich einzulassen wagt, wird unsicher.

Aus der Vergänglichkeitserfahrung des Augenblicks erwächst nun allerdings auch die Einsicht in dessen unwiederbringliche Kostbarkeit. Die Kostbarkeit des Augenblicks, der erfüllt oder verfehlt werden kann, wird zweifellos im Hier erfahren. Doch bleibt seine Wirkung auf andere ohne Konsequenz, so trennen sich Freiheit und Gerechtigkeit. Kann es ein Ethos der Freiheit ohne Transzendenz geben? Ich werde nicht wagen, diese Frage, tausendfach gestellt, nun etwa abschließend zu beantworten. Ich möchte nur die Frage einbringen und halte es für wichtig, daß Christen sich ihr stellen. Welcher Zeitgenosse — ich eingeschlossen — läßt sich in seinem Alltagshandeln vom Gedanken an das eschatologische Gericht bestimmen? Wenn die Ambivalenz der Freiheit nicht zuletzt, wovon sogleich die Rede sein wird, aus der Tatsache erwächst, daß ihr unbegrenzter Gebrauch durch einen Menschen die Unfreiheit des anderen zur Folge hat, muß es Maßstäbe für die Begrenzung geben. An der Frage, ob diese Maßstäbe in der Sprache unseres Grundgesetzes "in Verantwortung vor Gott", aus der Eschatologie oder rein innerweltlich zu gewinnen sind, scheiden sich die Geister. Und wir sollten Position beziehen.

Vom Ausmaß der Freiheit

Artikel 2 unseres GG lautet: "Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt." (Ich erspare mir und Ihnen, etwa eine Definition dieses "Sittengesetzes" zu versuchen..).

Schon Platon stellte fest: "Alle Verfassungsformen gehen daran zugrunde, daß sie ihr konstitutives Prinzip über alles setzen, höchstem Wert mit blinder Unbedingtheit huldigen. Für die Demokratie ist dieser höchste Wert die Freiheit. Und die zerstört sich selbst, schlägt in ihr Gegenteil — die Tyrannei um, wenn und weil sie der Freiheit keine Schranken setzt."

In unserer Zeit formulierte Ralf Dahrendorf schon vor Jahren ("Lebenschancen", 1979), daß Freiheit angesichts eines fast uferlosen Angebots von Waren und Meinungen, Weltanschauungen und Lebensstilen nur bewahrt werden könne, wenn die Maßstäbe für die Wahl aus dieser Fülle verstärkt würden. In seiner Sprache heißt das etwa: wenn die Optionen unüberschaubar zu werden drohen, müssen die Ligaturen gestärkt werden. Doch welche Ligaturen? Ich erinnere an die Untersuchung von Zulehner über die mehrheitliche Zuwendung österreichischer Unternehmer zur Grenz-moral. Ein Drittel nur grenzte sich von dieser Haltung ab, und innerhalb dieses Drittels war die Be-

gründung für das Einbringen von Ethik im Umgang mit Freiheit noch einmal differenziert: 1/3 berief sich auf den Kantschen Imperativ, 1/3 aufs Gemeinwohl, 1/3 aufs Christentum. Wie ist da Gemeinsamkeit der Maßstäbe zu gewinnen? Der grundlegende Maßstab des GG — die Freiheit des anderen begrenzt meine Freiheit — führt zur Beachtung des Gemeinwohls, doch über diesen "gesellschaftlichen Kitt" hinaus ist kaum Gemeinsamkeit zu gewinnen. Es gehört zu den Grunderfahrungen in der ehem. DDR, daß viele Menschen sich in einem einigenden *Nein* gegen die Diktatur, gegen das Unrechtssystem verbunden wußten, doch daß sie, mit der Chance der Freiheit konfrontiert, erfahren mußten, daß es kein gemeinsames, nur ein plurales Ja gibt.

Pluralismus ist nichts Beklagenswertes. Er ist die Konsequenz der Freiheit, die ihren Ursprung in der Botschaft des Jesus von Nazareth hat. Schillebeeckx hat dies übrigens in seinem jüngsten Buch "Menschen" faszinierend dargestellt: "Das grundlegende Veto des Menschen gegen das Böse erschließt... ein inhaltlich nicht bestimmtes und damit "offenes Ja", das genauso unumstößlich ist wie das menschliche Nein..". In diesem Pluralismus geht, so noch einmal Schillebeeckx, für Christen wegen des "erkennbare(n) menschliche(n) Antlitz(es) dieser Transzendenz... das grundlegende Murren der Menschheit in eine begründete Hoffnung über." (28 f.) Christen müssen also ihre Maßstäbe für den Umgang mit Freiheit verdeutlichen, erfahrbar machen. Nach diesen Maßstäben zu fragen, die Spannung von Freiheit und Gehorsam, das Verhältnis von Norm und Gewissen und die damit verbundene Aufgabe der Vermittlung zur Sprache zu bringen, wäre eine eigene Thematik, von der hier nur dies herausgenommen sei: die Botschaft Jesu ist die Botschaft eines neuen Umgangs miteinander, die Botschaft von Gott, den er "Abba", Vater, nennen darf und nennt. Sein Tod ist nicht eine irgendwie geartete Satisfaktion. In der Totalität seiner Existenz ist Jesus, wie Eugon Biser in seinem bewegenden Buch "Glaubensprognose" formulierte, "Inbegriff der offenbarenden Selbstausslegung Gottes". Sein Tod ist Hingabe, und seine Existenz wie dieser Tod sind die Konsequenz aus der dem Geschöpf von Gott gegebenen Freiheit. Er ruft nicht Engelscharen herbei, um seinen Tod zu verhindern. Er trägt die Konsequenz der menschlichen Freiheit, die eine Freiheit zum Mord sein kann.

Dies ist ein Brennpunkt der Ambivalenz von Freiheit: größte Verdüstierung, Angst, Verlassenheit, und dann "tagt es", dann wird im Antlitz des Auferstandenen Licht erfahrbar. Durch die Erfahrung äusserster Unfreiheit erwächst die "herrliche Freiheit der Gotteskinder" (Röm 8, 21). Biser zitiert 2 Kor 4,6: "Denn Gott, der sprach: 'Aus Finsternis erstrahlte Licht!' — Er hat es auch in unseren Herzen tagen lassen

zum strahlenden Aufgang der Gottherrlichkeit auf dem Antlitz Christi" und betont, daß nach diesem "paulinischen Verständnis der 'Text' der Welt- und Geschichtswirklichkeit von der Auferstehung Jesu her neu buchstabiert werden muß" (S. 315).

In der ehem. DDR waren es die Kirchen, die verhinderten, daß die SED sich heilbringende Qualitäten zuschreiben konnte, waren es die Kirchen, vor allem die evangelische, die zur gewaltlosen Revolution beitrugen, und auch in einigen Ländern des ehem. Ostblocks ist die Rolle der Kirchen nicht zu übersehen, Sie vertraten Freiheit für den Glauben, geeint im Nein zu Diktatur und Unterdrückung. Sie und wir mit ihnen haben im Namen dieser Freiheit nun Kirche, Christentum in pluraler Gesellschaft zu bezeugen und auch, abermals im Namen dieser Freiheit, innerhalb unserer Kirchen Vielfalt in der Einheit zu bestehen. Bekenntnisbereitschaft und Freiheit gehen zusammen. Sind sie verbunden, so haben Fanatismus und Fundamentalismus keinen Raum; gehen sie zusammen, kann Pluralismus nicht zu Beliebigkeit mißraten.

In seiner berühmten Pfingstpredigt von 1957 hat Karl Barth ja nicht nur, was oft zitiert wird, unter dem Leitgedanken "wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit", aller Diktatur und Magie eine Absage erteilt, er nennt auch Befreiung "aus der Vorstellung einer absolut maßgebenden Bedeutung ihrer eigenen Überzeugung, Stellungnahme und Rechthaberei". Karl Rahner sagte: "Es ist eine wunderbare, Heitere Freiheit von sich selbst, wenn man es nicht mehr nötig hat, sich selbst zum Kriterium der Wahrheit zu machen" (Rechenschaft des Glaubens, S. 332 f).

Ich betone diese Gedanken, weil durch den Aufruf zum Bekenntnis in pluraler Gesellschaft Pluralismus das wird, was er sein soll, nämlich begründete Unterschiedlichkeit, ausgewiesene Vielfalt und nicht als Aufruf zum Fanatismus mißverstanden werden kann. Entscheidend ist, daß einerseits die Begrenzung der Freiheit, wie sie im GG formuliert ist, beachtet wird, andererseits von Christen, weit über diese staatsbürgerliche Begrenzung hinaus, die Befreiung durch die Autorität Gottes zu leben versucht wird. Thomas Pröpfer sagte im Gespräch mit Ulrich Ruh in der September-Nummer der Herder-Korrespondenz ("Erst in autonomer Zustimmung kommt Gottes Liebe zum Ziel"), daß Freiheit "als Teilhabe an der Auferstehung Jesu Christi" sich "... als Freiheit für den Nächsten bewährt." (HK Sept. 1991, S. 412).

Gerade nach den Erfahrungen politischer Unfreiheit, nach dem Scheitern der marxistisch-sozialistischen Ideologie muß auch durch uns die These von der Wertfreiheit als andere Ideologie entlarvt werden. Und wir haben uns auch mit denen auseinanderzusetzen, die

den Menschen von der ihn angeblich überlastenden Vielfalt entlasten wollen, die — darin übrigens dem Großinquisitor in Dostojewskis Brüdern Karamasow vergleichbar — statt dieses schwachen Menschen die Zweifel auf sich nehmen, ihm ein System des Erträglichen anbieten, freiheitlichen Widerspruch als Gefährdung von Zeugnis beschreiben und dann in "Instruktionen" münden.

Von der Qual der Wahl

Freisein, das ist wohl hinreichend deutlich geworden, erfüllt sich nicht in Unverbindlichkeit. Freisein heißt wählen müssen; wählen heißt entscheiden müssen, abwägen zwischen Möglichkeiten, Konsequenzen vorbedenken. Freiheit findet ihre Erfüllung in einer in Freiheit vollgezogenen Bindung. So verdeutlicht Martin Buber in den "Reden über Erziehung": "Der Gegensatz zu Zwang ist nicht Freiheit, sondern Bindungsbereitschaft".

Köstlich hat dies Volker Braun, der offenbar jetzt nach der Wende seinen Ort noch nicht finden kann, in seinem "Hinze-Kunze-Roman" (1985) als Herausforderung dargestellt. Da kommt der Fahrer Hinze, der den SED-Funktionär Kunze fährt, in eine Kantine, in der es etwas gibt, was er bisher nicht kannte, nämlich vier Essen zu Wahl. Ich zitiere in Sprüngen: "Hinze, vor die Entscheidung gestellt (was er nicht gewohnt war)..Freiheit, das ist die Einsicht in die Notwendigkeit. Die Notwendigkeit zu *wählen* zwischen Erbsen, Vanillenedeln und Rippchen mit Sauerkraut,..Die Freiheit ist eine Geschmacksfrage, wie. — Besser gesagt, eine Frage der Sachkenntnis...Während die auf Unkenntnis beruhende Unsicherheit, die zwischen Erbsen, Nudeln und Rippchen scheinbar willkürlich wählt, eben dadurch ihre Unfreiheit beweist...Und wenn er sich nun die Freiheit nimmt, von *allem* zu fressen, samt Apfel, Banane und Mandarine...So wäre er übersatt, aber niemals frei..." (S. 42 ff). Hier fallen die entscheidenden Stichworte: Sachkenntnis über die verschiedenen Möglichkeiten; erkennbar unterschiedlicher "Geschmack" der Angebote; Entscheidungsbereitschaft und Einsicht, daß die Entscheidung für das eine den Verzicht auf das andere verlangt. Ambivalenz und Anforderung der Freiheit gehören zusammen.

Die Möglichkeiten der Überforderung sind unübersehbar. Information kann gegensteuern, und Bildung muß als Hilfe zur Orientierung, auch als Brücke zwischen verschiedenen Meinungsgruppen gestaltet werden. Pluralismus als begründete Vielfalt ist Voraussetzung für freiheitliches Wählen. Sollen junge Menschen darauf vorbereitet werden, so muß die öffentliche Schule unzweifelhaft weltanschauungsfrei sein;

aber sie darf nicht wertfrei sein. Sie muß über die verschiedenen Möglichkeiten informieren. Den Weg, das Konzept hat Dietmar Mieth in ganz anderem Zusammenhang einmal überzeugend formuliert: Begegnung mit "einer offenen Reihe von Haltungsbildern im Sinne ethischer Modelle". Unterschiedliche Haltungen, aber jede in begründeter Verpflichtung. Was hier — in Ost und West — an geistiger und pädagogischer Arbeit zu leisten wäre, kann ich nur andeuten.

Eine andere Konsequenz aus dem beschriebenen Pluralismus ist die Absage an ein staatliches Schulmonopol. Vielfalt der Träger, Schulen in freier Trägerschaft müssen in einem freiheitlichen Staat nicht nur geduldet, sondern gefördert werden. Die Träger solcher Einrichtungen müssen allerdings ihr Profil ausweisen.

Freiheit und Gerechtigkeit

Wenn von der Ambivalenz der Freiheit die Rede ist, muß wohl, gerade mit Blick auf die Geschehnisse in jüngster Zeit, auf die Beziehung von Freiheit und Gerechtigkeit verwiesen werden.

Wenn die Grenzen fallen, die Mauern zerbrechen, ist der Vergleich der Lebensbedingungen unausweichlich, stellt sich die Frage der Gerechtigkeit hautnah. Nirgendwo wird das so deutlich erfahren wie im vereinigten Berlin. Die Ungleichheit des Lebensstandards, die unterschiedliche Qualität von Wohnungen wie Straßen, die Divergenz zwischen Mieten und Löhnen ist nicht ferner Zeitungs- oder Medienbericht, ist vielmehr Alltagswirklichkeit. Die politische Forderung, die sich daraus ergibt, heißt, die Erreichbarkeit des Zieles, die Vision des Zieles so zu vermitteln, daß die unvermeidbaren Schwierigkeiten des Weges überstanden werden.

Unser Thema ist ein anderes. Uns geht es um die Ambivalenz der Freiheit. Da gerät nun Freiheit durch die wirtschaftliche Situation auf den vermeintlichen oder wirklichen Prüfstand. Die Kommandowirtschaft hat in die Misere geführt; nur die Umstellung auf eine freie und soziale Marktwirtschaft verheißt Zukunft. Doch dieser Umstellungsprozeß führt durch ein Tal. Karl Gabriel spricht — im schon erwähnten Aufsatz — von der "Modernisierungsfalle", wenn "die konkreten Erfahrungen der Individuen mit den Verheißungen des freiheitlichen Menschenbildes nicht mehr in Einklang zu bringen sind" (a.a.O. S. 240). Was er auf die "lebenslange Fremdbestimmung im Betrieb" bezieht, die so, wie er sie verallgemeinert, bei uns nicht vorliegt, beziehe ich auf die Situation in den 5 neuen Ländern und Ost-Berlin. Die Freiheitserwartung, die — selbstverständlich — auch eine bestimmte

Konsumerwartung ist, was wir, denen dieser Konsum längst selbstverständlich ist, nicht bekritteln sollten, stößt nun auf Arbeitslosigkeit, Umschulungserfordernis, kurzum auf Erschütterung des Selbstbewußtseins. Für mich ergibt sich daraus eine bewegende Einsicht: Soziale Marktwirtschaft ist nicht ein festgeschnürtes Paket, das wir unterm Arm tragen. Der Weg zu ihr ist ein Prozeß. Als Übergangsinstrument, unaufgebar zeitlich befristet, sind Maßnahmen staatlichen Dirigismus nötig — etwa Beschäftigungsgesellschaften, ABM (Arbeitsbeschaffende Maßnahmen) mit Superbedingungen, Zuschüsse zu verschiedenen Beschäftigungsformen nach dem AFG (Arbeitsförderungsgesetz), damit die Misere von den Betroffenen nicht der Marktwirtschaft zugerechnet wird — statt das marode System verantwortlich zu machen — und damit die noch Schwachen zum künftigen Wettbewerb befähigt werden.

Fazit: Wenn im Übergang der Systeme nicht voll freiheitliche, eben etwas dirigistische Maßnahmen unter Beachtung der Bedingungen und zeitlich befristet eingesetzt werden, um im Ziel freiheitliche Formen zu ermöglichen, so ist solche Ambivalenz hilfreich, schöpferisch.

Übrigens gilt aus meiner Erfahrung Ähnliches auch im religiösen Bereich: nicht sogleich die sogen. volle Gläubigkeit abverlangen. Den kleinen Finger ergreifen, allmählich die Hand.. Ambivalenz erweist sich als Herausforderung und als Chance, als Bestandteil menschlicher Existenz, in Ost so nachdrücklich wie in West. Der Streit, ob sie dem Menschen grundsätzlich existentiell zuzuordnen sei oder ob sie nur keimhaft in ihm angelegt sei und durch das Christentum zur Entfaltung gelange oder ob gar auch — später Augustinus — die freiheitliche Zustimmung zum Glauben totales Geschenk der Gnade sei, kann heute — verzeihen Sie — als Theologenstreit in die zweite Reihe gerückt werden.

Was die Menschen betrifft, ist das Ausmaß der Freiheit, ist die Frage nach den Maßstäben einer Begrenzung und — aber davon will ich heute nicht reden — die Ambivalenz, daß die Institution, die diese Freiheit geschichtlich zur Geltung gebracht hat, die heute weltweit politisch diese Freiheit vertritt und verkündet, in ihrer eigenen Institution von der Verwirklichung solcher Freiheit zu oft weit entfernt ist. Sie hat weder die Realität, die Chance und Begrenzung von Demokratie in der Kirche als Institution genau durchdacht, noch das Verhältnis von Wahrheit und personaler Freiheit intensiv und konkret dargestellt (Thomas von Aquin liefert in 'De Veritate' ebenso wie die Konstitution über Religionsfreiheit hilfreiche Antworten). Sie hat Pluralismus in der Kirche zwar im Vergleich zu früheren Jahrhunderten in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen weltweit relativ überzeugend akzep-

tiert, aber sie hat ausgelassen, den Menschen, die in der gesellschaftlichen Vielfalt leben, Hilfe für das Bestehen solcher Vielfalt zu geben und ihnen Maßstäbe zu verdeutlichen, was als beglückende Vielfalt in der Einheit anzunehmen, was als Verlassen grundlegender Gemeinsamkeit zu werten ist. Die Scheu vor der Vielfalt läßt unsere Kirche vor der Beliebigkeit verstummen. Die Scheu, die Angst vor der Vielfalt läßt ein polarisiertes Kontra entstehen, wo es um die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertsystemen geht. Doch davon wird im zweiten Teil genauer die Rede sein.

Mein Fazit dieser Betrachtung: Die Ambivalenz der Freiheit ist Konsequenz unserer menschlichen Beschaffenheit, die zwischen Engel und Teufel angesiedelt ist und von uns immer wieder neu Entscheidungen fordert. Daß der Mensch sich als sittliches Wesen verstehen darf, ist die Konsequenz der Ambivalenz von Freiheit. Wäre sie eindeutig, bedürfte es keiner Entscheidung. Menschsein definiert sich als stets neues Wagnis. Eben dies ist nach meiner Beobachtung das zentrale Problem für die Menschen nicht nur in den neuen Bundesländern. Freiheit verwirklichen heißt nichts anderes, als sich auf menschliche Möglichkeiten, auch auf die Realität des Irrtums einzulassen. In dieser gefährlichen und gefährdeten Chance freiheitlichen Handelns wissen sich Christen an die Botschaft Jesu gebunden, daß ihre Freiheit nur durch die Freiheit des Mitmenschen zu definieren ist, und daß sie ihr Bemühen nach besten Kräften einzubringen haben, daß aber das Ergebnis nicht nur aus ihrer Leistung, sondern auch aus dem, was wir Gnade nennen, herzuleiten ist. Das mag uns trösten und stärken und zum Handeln ermutigen: Gott schreibt gerade auch auf krummen Zeilen.

Die Ambivalenz der Freiheit – Konkret..

Wenn Mauern fallen, tritt die Ambivalenz der Freiheit vielfältig an den Tag. Vollständigkeit und Systematik werden fehlen.

Freiheit und Nation

Der 3. Oktober 1990 brachte ein neues deutsches Nationalbewußtsein an den Tag, das, weit entfernt von jedem "Hurra-Patriotismus", nichts mehr von jenem verlegenen Verleugnen, nichts mehr von jener Gebrochenheit zeigte, die durch Hitlers mißbräuchliche Radikalisierung nationaler Haltung zum Nationalismus begründet waren. Wer im Hitlerreich für "Freiheit" eintrat, mußte sich von Deutschland trennen,

vertrat das "andere Deutschland". Das Bündnis von Nation und Freiheit hat eine wechselvolle Geschichte. In den gegen Napoleon gerichteten Befreiungskriegen stand Nation für Freiheit, und im ersten Viertel des 19. Jhs. galt in Europa die Überzeugung, daß ein nach nationalen Gesichtspunkten geordnetes Europa ein Europa in Frieden und Freiheit sein würde. Diese Haltung ging unter im fanatisierten Nationalismus, der von 1870-1914 Europa kennzeichnete. Der Ruf: "Wir sind ein Volk" ging nicht auf territoriale Ansprüche, er kündete: Nation und Freiheit gehen zusammen. Wir fordern Freiheit, Selbstbestimmung, wir wollen zusammenleben. Die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ist von diesem Bündnis von Nation und Freiheit bestimmt, unüberhörbar wird der Zentralstaat attackiert. In der ehm. DDR ging es eben darum, nicht nur um "deutsch-deutsch"; es ging auch um die Wiederherstellung der von der Zentralmacht ausgelöschten Länder. Wer in den Wahlkämpfen sächsische oder thüringer Geschichte einzubringen wußte, beim "Steige hoch, du roter Adler, hoch über Sumpf und Sand" mitsingen konnte, hatte den Saal geholt. Ein föderatives Länderbewußtsein sichert Freiheit. Doch Wandlungen, Entwicklungen, wie ich sie aus dem 19. Jh. erwähnt habe, sind auch heute nicht auszuschließen. Den Anspruch der baltischen Staaten wird niemand in Zweifel ziehen wollen, aber die Berufung ethnischer Gruppen — Dahrendorf spricht von einem "Stammespuzzle" die, s. Jugoslawien, die eigene Freiheit fordern, aber nicht bereit sind, die der anderen zu sichern, weckt Besorgnis. Im westeuropäischen Zusammenhang fallen jedem nachdenklichen Zeitgenossen dann sofort die keineswegs gleichgelagerten Probleme der Basken und der Iren ein. Ich halte es grundsätzlich, allerdings mit möglichen Differenzierungen, mit Ralf Dahrendorf, der klar gemacht hat, daß die Grundrechte der Bürger und die drei klassischen Gewalten "in verlässlicher Form vorerst nur im Nationalstaat" existieren. Freiheitssichernd ist in ethnischer Vielfalt wohl nur ein föderales Modell, und die Sicherung der Rechte von Minderheiten ist unerlässlich.

Daß ein künftiges Europa nicht zentralstaatlich gestaltet sei kann, ist weithin selbstverständlich. Doch die Brüsseler Sucht, alles gleichförmig zu regeln, ist erfreulicherweise, wenn auch immer wieder rückfallgefährdet, der Einsicht gewichen, plural und föderal denken zu müssen, die Vergleichbarkeit der Ergebnisse, nicht aber die Gleichheit der Wege anzustreben.

Freiheit und Staat

Staat ist eine politische Herrschaftsordnung, die ein Höchstmaß an Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt für alle zu gewährleisten hat, nicht aber in die persönliche Lebensführung eingreifen darf, dem Einzelnen nicht das "Leben-Können" abnimmt, aber die Rahmenbedingungen sichert. Staat stellt sich als gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt dar. Das Gewaltmonopol im Rechtsstaat hat freiheitssichernde Funktion. In totalitären Staaten, das näher zu beschreiben erübrigt sich, ist die Trennung der Gewalten aufgehoben, geht es um Herrschaft, nicht um Freiheit. Das Netz des überall anwesenden, von einer Partei getragenen Staates haben die Bürgerinnen und Bürger der ehem. DDR zerrissen. Doch eine höchst ambivalente Haltung ist jetzt zu verzeichnen. Enzensberger bemerkte kürzlich: "Mit dem Nimbus ist auch die Hörigkeit verschwunden" (FAZ 19.5.1990, Gangarten — ein Nachtrag zur Utopie). Folge ich aber meinen vielfältigen Alltagserfahrungen in persönlichen Begegnungen, und beachten wir z.B. die Veröffentlichungen des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), so wird deutlich — Stand Juli 1991 — welches unterschiedliches Staatsverständnis Bürgerinnen und Bürger in Ost und West haben. Die neuen Bundesbürger erwarten einen Wohlfahrtsstaat, der jedem Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz sichert (93,6%, W 72,2%), die Preise unter Kontrolle hält (89,5% W 68,1%), die Industrie bei der Entwicklung neuer Produkte staatlich fördert (84,7%, W 69,8%). Daß Freiheit auch Risiko bedeutet, Entscheidungsfähigkeit erfordert, muß als neue Erfahrung aufgenommen werden. Dr. Thomas Halik stellte in einer Diskussion in Berlin zu Sicherheit und nochmals Sicherheit fordernden Teilnehmern lakonisch fest: "Ja, im Gefängnis hatte ich keine Sorge, einen Autounfall haben zu können..". Doch selbstverständlich sollte, um im Bild zu bleiben, auch die Verkehrsplanung so beschaffen sein, daß Unfallgefahren vermindert werden. Der Weg von der unfreiheitlichen Kommandowirtschaft zur freien sozialen Marktwirtschaft muß als Prozeß gestaltet werden, in dem befristet und begrenzt dirigistische Maßnahmen, genannt Subventionen, Vergünstigungen eingesetzt werden, damit die Auswirkungen des Zusammenbruchs gemildert und die Ziele einer freien sozialen Marktwirtschaft erreicht werden können. Die Betroffenen schreiben nämlich die Folgen nicht dem maroden, zusammengebrochenen System, sondern der neuen Ordnung zu. Wenn Mauern fallen, stellt sich die Frage der Gerechtigkeit unausweichlich. Sie kann nicht im Stabhochsprung, vielmehr nur in besonnenen kleinen Schritten gelöst werden.

Ganz sicher muß uns die staatliche Übersorge in der damaligen DDR aber auch empfindsam machen für Mangelsituationen bei uns. Sehr bewußt wähle ich als Beispiel die Versorgung mit Kinderkrippen, der außerfamilialen Betreuungseinrichtungen für Kinder zwischen 1 Tag und 3 Jahren. Sie sind für mich nicht etwa Familienersatz, anzustrebende Betreuungsform, aber sie müssen, gerade wenn wir so nachdrücklich vom Recht auf Leben sprechen, in bedarfsgerechter Zahl angeboten werden. 80% der Kleinkinder in der früheren DDR waren in einer Krippe. Das ist eine erschreckende Absage an Familie, an die erzieherische Bezugsperson, das ist Ergebnis eines unfreiheitlichen Erwerbszwanges. In der bisherigen Bundesrepublik gibt es für 3% der Kinder solche Krippen, nur in Berlin 9%. Der Bedarf, in vergleichbaren Gesellschaften wie der unsern erfahren, liegt bei ca. 12%. Für die Fachleute ergänze ich, daß selbstverständlich die Möglichkeit der Tagesmutter nicht übersehen werden darf. Wenn der jungen Mutter, etwa als Alleinerziehende oder als noch in der Ausbildung Befindliche oder in einer Lebenssituation, in der die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unerläßlich ist, wirksam geholfen, von unerträglichem Zwang befreite Lebensgestaltung ermöglicht werden soll, dürfen weder Erwerbsideologien noch Familienideologien die Entscheidungen bestimmen. Staat hat hier exemplarisch eine helfende Funktion. Doch diesem Ruf nach Staat steht auf der anderen Seite eine emotionale Staatsfeindlichkeit oder Ablehnung gegenüber. Wie überrascht war ich im Januar/Februar 1990, als mir in jeder Wahlversammlung von Frauen und Männern, die sich ausdrücklich als Christen bezeichneten, mit Heftigkeit vorgeworfen wurde, daß es Staatsdirigismus, Freiheitseinschränkung sei, wenn die westdeutsche gesetzliche Regelung zu § 218 etwa auch für die DDR verbindlich würde. "Das geht den Staat nichts an", hieß es immer wieder, und nur ganz schüchtern meldete sich ab und an jemand zu Wort, der vom schützenswerten Anspruch des Ungeborenen sprach. Wie viele Gespräche habe ich auch noch 1991 mit verantwortungsbewußten, gestandenen Frauen meiner Partei geführt, in denen sie die Meinung vertraten, ich setze einen biologischen Lebensbegriff (das Ungeborene) über den zweifellos zu verantwortenden sozialen Lebens- und Freiheitsbegriff. Zueinander fanden wir dann immer wieder, wenn es um die Konkretisierung der Hilfen ging.

Ich möchte zwei Folgerungen ziehen: Zum einen: Das Angebot der Hilfen — Wohnung, immer wieder Wohnung; Arbeitsplatz; familienergänzende Kinderbetreuung; Eheberatung — muß überzeugend, konkret sein, und wir müssen mehr von Hilfe als von der Strafe sprechen, übrigens gilt das auch für die menschlich verfahrenen Lebenssituationen, die ich einmal "die Sollbruchstelle einer Liebe" genannt habe und

die nicht wenige Frauen ihre Situation als ausweglos erfahren lassen. Und die zweite: wir müssen wohl begreifen, daß es hier nicht um eine Partei der Guten und eine Partei der Bösen geht, daß vielmehr aufregend und herausfordernd unterschiedliche ethische Wertsysteme aufeinander treffen, deren Vertreter von der schmähenden Herabsetzung des je anderen absehen sollten. Ich bin nicht die klerikal abhängige, gegen die Selbstbestimmung der Frau handelnde Politikerin, und die anderen sind nicht die Kindesmörder, gegen die bethiehemitische Glocken geläutet werden müssen. Vielmehr müssen wir unsern Lebensbegriff verdeutlichen, in dem das Recht auf Leben als Chance, gar als Glück erfahren wird und eben daraus die politische, übrigens auch christliche Forderung und Verpflichtung erwächst, Zukunft so zu gestalten, solche gesellschaftlichen Strukturen zu sichern, daß Leben nicht als Katastrophe verstanden werden kann.

Das ambivalente Verhältnis zum Staat, verstanden als Eingriff in die Freiheit kam und kommt, wenn auch inzwischen gemildert, ebenfalls in der Einstellung zum Religionsunterricht zutage. Religionsunterricht ist nach unserer Verfassung in allen Ländern ausser Berlin und Bremen ordentliches Schulfach. Entsetzt reagierten die Christen, die evangelischen noch intensiver als die katholischen, auf die Vorstellung, Religionsunterricht werde in der Schule erteilt. Kirchliche Glaubenslehre habe doch nichts mit dem Staat zu tun, sagten die einen. Die anderen meinten, denn träte ja eine Ideologie an die Stelle der früheren, in der "Stabü", der Staatsbürgerkunde vermittelten. Der von uns zum Vorsitzenden des Berliner Diözesanrates gewählte "östliche" Bürger sprach sich für Glaubensunterweisung in den Gmeinden, und wenn überhaupt, für einen ökumenischen Unterricht aus. Es erwies sich als ausserordentlich hilfreich, daß die Kommission 3 des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, der ich seit vielen Jahren vorsitze, im November 1989 die Erklärung "Schulischer Religionsunterricht in einer säkularen Gesellschaft" vorgelegt hat, die von der Vollversammlung verabschiedet und übrigens auch vom "Schulbischof" schließlich akzeptiert wurde. Sie können den Text in der Herder-Korrespondenz vom Januar 1990 nachlesen, jetzt nur Stichworte, auf unser Thema bezogen: Die Teilnahme ist freiwillig, selbstverständlich auch offen für Schüler, die keinem Bekenntnis angehören. Für alle Schülerinnen und Schüler, die aus welchen Gründen auch immer weder den katholischen Religionsunterricht noch den einer anderen Religionsgemeinschaft besuchen, muß Ethik alternatives Pflichtfach sein. Was von uns aus der Großstadtsituation eingebracht wurde, erweist sich nun in den "neuen" Ländern als entscheidend. Zur Begründung eines Religionsunterrichts selbst für eine Minderheit haben wir ausgeführt: "Die verfassungsrechtlich begründete Stellung des RU ... zeigt

... den Willen des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates, seine eigenen Grundlagen zu sichern. Sie bringt das Recht des Individuums, religiösen Grundfragen zu begegnen, zur Geltung, sichert also auch Individualrechte. RU ist nicht bloß 'Aussenposten' der Kirche, er ist Sende- und Empfängerstation für die Schüler." Die Spannung, die sich aus solchem Verständnis für den Inhalt des Unterrichts ergibt, hat auch etwas mit der Ambivalenz von Freiheit zu tun. Es ist die Spannung "zwischen den Anforderungen eines ordentlichen Lehrfaches und seiner Aufgabe der Lebensbegleitung der Schüler, zwischen der Erfüllung ihrer emotionalen Wünsche und der Vermittlung des Glaubenswissens in einer vertretbaren rationalen Form."

Nicht wenige der Katecheten in einigen der neuen Länder, mit denen ich gesprochen habe, fragten, ob denn ein solches schulisches Angebot nicht eine Schwächung gegenüber der Glaubensvermittlung der Gemeindekatechese sei. Manchen geriet die Frage zur scharfen Kritik, die "neue Freiheit" schwäche das Glaubenszeugnis, schränke die Freiheit des Bekennens ein..Dann müssen wir, im ersten Teil geschehen, auf Pluralismus als begründete Unterschiedlichkeit, auf Pluralismus als Konsequenz der Freiheit zu sprechen kommen.

Ideologie und Pluralismus

Dieter Stolte, Intendant des ZDF, hat in einem bemerkenswerten Artikel (Vor einer neuen Epoche, FAZ 3.11.1990) mit Bezug auf die Ideologie der DDR und unsere heutige Situation festgestellt: "die ursprünglich feindliche Ideologie muß jetzt als andere Meinung in unserer Parteienspektrum integriert werden. Wir müssen..scheinbar paradox —, als Preis für die Einheit nicht nur materiell, sondern auch ideell teilen lernen... Welches Meinungsspektrum halten wir aus?"

Im politischen Alltag erweist sich, daß PDS-Vertreter alle Mittel der Demokratie einzusetzen pflegen, sich nicht selten als Gralshüter der Demokratie darstellen, um z.B. Inhaber vergangener Spitzenpositionen in Schule, Hochschule, Polizei oder anderen Bereichen auch weiterhin in entsprechenden Positionen zu halten. Im Alltag des öffentlichen Dienstes erweist sich, daß der Rechtsschutz für den Arbeitnehmer, kombiniert mit wasserfestem Zusammenhalt der Gruppe zum Fortbestand alter Seilschaften in vielen Bereichen führt. Ich betone gern die verzweifelte Situation, der Menschen in Diktaturen ausgesetzt sind, entweder Märtyrer oder Mitläufer zu werden; ich hebe immer wieder hervor, wer auf dem Sofa der Freiheit sitzend, wohl den ersten Stein auf den Vater werfen möchte, der in die SED eintrat, damit seine Kinder in die EOS (Erweiterte Oberschule) zuge-

lassen wurden, wer die alleinerziehende Mutter anprangern will, die ihre Lehrerposition nur durch den Eintritt in eine Partei sichern konnte und die, um die SED zu vermeiden, in eine der früheren "Blockparteien" ging. Aber: wer Führungspositionen innehatte, sollte nicht weiter in solcher Position tätig sei. Für Schulleiter, Schulaufsichtsbeamte haben wir z.B. eine entsprechende Vereinbarung im Berliner Koalitionsabkommen zwischen CDU und SPD.

Erregt ruft mir dann in einer Bürger- und Lehrerversammlung in einem östlichen Stadtbezirk ein Mann entgegen, sie, die Eltern, wollten aber Herrn X. als Schulleiter, der sei einfach Spitze, und angeblich hätten wir doch jetzt freiheitliche Mitbestimmung. Der Schulleiter erklärte auf meine Fragen, für ihn sei das Geschenk der demokratischen Freiheit die Tatsache, daß er zu seinem 50. Geburtstag morgen sich ein Schreiben aufhängen werde, in dem ihm aus in der Person liegenden Gründen die Bestätigung als Schulleiter verweigert werde. Ein dritter, ein vierter mischten sich ein und erklärten, das sei alles ganz unerhört, denn dieser Mann, der nach der Wende "von uns" zum Schulleiter gewählt worden ist, hat in der DDR-Zeit niemand geschadet, er war doch im Ministerium "nur der Zuständige für die Schulbücher".

Ich hatte Zitate aus den Schulbüchern und Richtlinien bei mir. Ich verlas u.a. einen Satz aus der Staatsbürgerlehre: "Wir stehen den aggressivsten und brutalsten Vertretern des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Europa gegenüber, die besonders seit der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls am 13. August 1961 ihre ideologische Diversion gegen unsere DDR als Teil ihrer psychologischen Kriegsvorbereitung verstärken.". Ich habe dann versucht zu verdeutlichen, welche Schädigung an jungen Menschen solch Erziehungskonzept bedeutet, wie schon die Sechsjährigen im Erstleseunterricht immer nur den Kleinen Pionieren und Honecker begegneten, wie in der Bildenden Kunst, einem unterprivilegierten Fach, im 4. Schuljahr das Thema heißt: "Der Soldat", — in Gips, in Tusche, in Farbe, in Schwarz-Weiß, und wie dem einen Lehrer, der als Thema wählte: "Der Soldat heiratet" durch einen Schulleiter, der hoher Parteifunktionär war, dies durchgelassen wurde, die andere Lehrerin, die als Thema gewählt hatte: "Mein Bruder, der Soldat, kommt auf Urlaub", höchsten Repressalien ausgesetzt und schließlich, um der Berufskatastrophe zu entgehen, gezwungen war, in eine der Parteien, sie ging in die LDP, einzutreten. Und ich habe mit Zahlen belegt, wie altstalinistische frühere Schulleiter, verwaltungserfahren, trickgewohnt, die freiheitlichen Fortbildungsangebote von Stiftungen, Bildungseinrichtungen, Kultusverwaltungen westlicher Länder vor allem ihren alten Kadern vermittelt haben, so daß diese nun eben diejenigen waren, die Qualifikationen für die Neubesetzungen vorweisen konnten, so daß insgesamt in der

ehem. DDR im ersten Durchgang (unter de Maizière und seinem Bildungsminister, dem Katholiken Prof. Meyer) 60% der Schulleiter erneuert wurden, in Berlin aber nur ca. 30%.

Und nun — Ambivalenz der Freiheit auch nach der Wende — rührte sich auf einmal im Saal die links vor mir sitzende Gruppe und sprach leidenschaftlich für die Erneuerung, gegen Bestätigung jenes Schulleiters, der als Elternvertreter — anwesend — etc. alles Kaderfreunde hätte. Auf meine Frage, warum man mich denn so etwa eine Stunde habe einsam fechten lassen, kam die entwaffnende Antwort: "Aber Frau Laurien, wir haben doch Angst, die rächen sich, wenn sie wieder rankommen. Und Ihr, "so meinten sie," Ihr habt einen so irren Freiheitsbegriff, daß die den doch mit dem Ziel der Unfreiheit ausnützen können..".

Da fiel mir die Begegnung mit einem türkischen Vater ein, der seiner hoch begabten Tochter die Teilnahme am Turnunterricht untersagte, und die, von ihm geprägt, auch nicht mehr in der Mädchengruppe mitturnte, weil die Jungen die Tür geöffnet, hineingeschaut und sie entehrt hätten. Als ich ihn mit der Tatsache konfrontierte, daß seine Tochter sowohl in Ankara wie in Istanbul in einer gemischten Klasse am Turnunterricht teilnehmen müßte, erklärte er mir: "Ich bin ja deshalb als Arbeiter nach Deutschland, nach Berlin gegangen, weil ich hier die Freiheit für meine Überzeugung finde.". Und er forderte von mir, die Schule anzuweisen, aufs Zeugnis zu schreiben "Keine Teilnahme aus religiösen Gründen" und eben nicht die Note "6", mit der sie das Abitur nicht bestehen kann. Meine Lösung, die ein Schwächlicher, niemals in Serie zu verwirklichender Kompromiß war: Keine Zeugnisbemerkung nach seinem Wunsch, aber alle 3 Monate bei verschlossenen Türen der Turnhalle eine Sportprüfung, abgenommen nur von einer Lehrerin. Ich konnte weder mit der Zeugnisbemerkung allen Fundamentalisten die Tür öffnen, noch wollte ich das hochbegabte Mädchen vom Abitur ausschließen.

Vergleichbare Kompromisse zwischen Freiheit und Ideologie müssen wir gewiss auch im weiteren gesellschaftlichen Umfeld finden.

Wir haben im Grundsatzteil hinreichend über Pluralismus, begründete Unterschiedlichkeit, Absage sowohl an Fanatismus wie an Beliebigkeit gesprochen. Wenn die Ideologie fällt, woher kommt dann im Pluralismus die freiheitliche, aber doch wertgebundene Orientierung? Ich erinnere an die "offene Reihe von Haltungsbildern im Sinne ethischer Modelle". Was in Lehrplänen zweifellos darzustellen ist, was in Universitäten in bestimmten Fachbereichen, mit und ohne Aufruf zu entsprechendem Handeln, realisierbar ist, wird im Schulalltag schwierig, denn es setzt den souveränen Lehrer voraus, der die Darstellung un-

terschiedlicher Möglichkeiten mit einer klaren Beschreibung seiner eigenen Position zu verbinden und ebenso deutlich auf ein direktes Werben um Anhänger zu verzichten weiß. Da werden viele, und das ist eine akzeptable Position, auf das gleichrangige Beschreiben des Unterschiedlichen verfallen, andere, die es übrigens auch im Westen nicht selten gibt, werden versuchen, auf jede Wertung zu verzichten, sich auf die angebliche "Wertfreiheit" der Wissenschaft berufen, die längst widerlegt ist. Da kann nur geduldige Fortbildung helfen, da muß unermüdliche Gesprächsbereitschaft eingebracht werden.

In der Gesellschaft aber habe ich, und das sei an zwei letzten Beispielen belegt, Fragen, kaum eine Antwort.

In den sogen. neuen Ländern sind etwa 25% evangelische Christen, 2,8-3% Katholiken, also gut 70% der Bevölkerung ohne Bezug zum Christentum. Nach Auskunft eines evangelischen Bischofs zu mir werden etwa 5% eines Geburtenjahrgangs getauft, in Berlin (West) ermittelte ich vor 4 oder 5 Jahren, daß etwa 40% der nicht-moslimischen Neugeborenen (ev. und kath.) getauft wurden. Beim Treueid der Polizeianwärter in Berlin 1991, die mit leichtem Übergewicht aus den östlichen Stadtteilen, aber doch aus Gesamtberlin stammten, verwendete nur eine einzige Teilnehmerin (-in!) die Eidesformel "so wahr mir Gott helfe". Im freiheitlichen Pluralismus treffen daher Ziele wie die "Neu-Evangelisierung Europas" schmerzlich auf meinen Verstand wie auf mein Herz. Im gesellschaftlichen Alltag müssen Christen durch ihre Liebesfähigkeit, durch ihre Dialogbereitschaft, durch ihre Versöhnlichkeit, ihr soziales Engagement, aber auch durch ihre Selbstverständlichkeit, sich als Christen zu bekennen, identifizierbar sein.

Zuerst ein klitzekleines Beispiel, bewußt "westlich", damit man nicht meint, das sei nur ein "östliches" Problem: Wenn es Frau Süßmuth oder ihren Organisationsdamen nicht einfiel, beim Bundesdelegiertentag der Frauen-Union 1990 in Berlin am Sonntagmorgen eine Möglichkeit zum Besuch eines Gottesdienstes ins Programm zu nehmen, obwohl am Samstagabend durchgehend bis spät getagt oder genächtigt worden war, und man mich mit der Bemerkung abzuspeisen versuchte, man könne doch vor dem Sitzungsbeginn um 9.00 Uhr in eine Kirche gehen, ist das nicht hinnehmbar. Ich habe daher gekontert, daß die Messe in St. Hedwig um 9.00 ist, daß auch andere 8.00-Messen in so weit entlegenen Kirchen stattfinden, daß man nicht pünktlich zur Sitzung kommen kann und daß ich bisher gemeint habe, in einer Partei mit dem C zu sein. Ergebnis: damals wurde um 8.45 Uhr eine Ökumenische Andacht mit einem, mir wohlbekannten, liebenswürdigen, fast evangelikalischen Superintendenten – nur er konnte

noch zusagen — ermöglicht, die um 9.30 Uhr enden mußte, und beim Bundesdelegiertentreffen 1991 steht im Programm: "Möglichkeit zum Besuch eines Gottesdienstes".

Doch nun das andere, schwierige, für mich bisher nicht lösbare Beispiel. Die Jugendweihe war Pflichtbestandteil in der DDR-Schule mit sozialistischem Bekenntnischarakter, ideologisierender Funktion, die — wenn ich meinen DDR-Freunden folgen darf — in den letzten Jahren zunehmend nur wie ein Ritual abgeleiert wurde, aber stattfand.

Jetzt darf weder der Lehrer noch der Pionierleiter — jede Klasse hatte einen — das organisieren, und mehr als einer sagte mir jetzt: "Na, das hab ich doch gemacht, damit ich nicht unterrichten mußte, ich saß doch mit den Kindern am Lagerfeuer und sang Lieder"..Ich konterte: "Ja, Brüder, zur Freiheit zur Sonne..", also sie dürfen die Jugendweihe nicht mehr als schulische Veranstaltung vollziehen. Aber — laut Zeitung — gab es in Berlins östlichen Bezirken auch jetzt ca. 9000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Jugendweihe. Nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der, pardon, "westlichen" Freidenker, war ich klüger. Die östlichen Freidenker sind von der SED getötet worden, 1987 wurde ein SED-abhängiger Freidenker-Verband gegründet, der jetzt bedeutungslos ist, aber die "richtigen" O- und W-Freidenker bemühen sich intensiv um ihre Kundschaft. Ich habe Kenntnis erhalten von den Inhalten der Unterweisung, den Inhalten der freidenkerischen Jugendweihe und stelle fest: in den mir bekannten Materialien fehlt jeder kämpferische Atheismus; da ist Lessing — Ringparabel — nahezu in der Funktion eines Heiligen, da gibt es das "Gute, Schöne, Wahre" und — m.E. sehr ernst zu nehmen, die vielfache Belehrung und Aufforderung, nicht nur das Ich, sondern das Wir, nicht nur den Egoismus, sondern das Gemeinwohl zu vertreten. Dafür brauchst du keinen Gott, heißt es.

Wenn nur knapp 30% der Menschen sich einer christlichen Kirche verbunden wissen, sollen die anderen nur einer Ideologie des Konsums begegnen, oder könnten, müßten wir nicht mit den Freidenkern über diese Fragen ins Gespräch kommen? Mir ginge es dabei — und das gehört wohl zu unserem Thema — darum, in derer, wie in unserer Unterweisung Jugendlicher wie in unserer gesellschaftspolitischen Haltung deutlich zu machen: in einer freiheitlichen Gesellschaft sind unterschiedliche Bekenntnisse im Rahmen des Grundgesetzes wertgleich, aber in der persönlichen Lebensentscheidung gibt es keine Wertgleichheit. Die nun schon so oft erwähnte "Reihe von Verhaltensbildern" ist offen, aber die persönliche Entscheidung ist nicht offen, sie ist standortbezogen, sie hat Konsequenzen, sie ist Rippchen oder Nudeln! Worauf ich überhaupt keine Antwort habe, das ist die Frage, —

ganz zu Anfang schon einmal angedeutet —, wie denn "für Christen das grundlegende Murren der Menschheit in eine begründete Hoffnung übergehen" kann (Schillebeeckx, "Menschen", S. 28f), und ich zitiere für diejenigen, die den Glauben nicht teilen, aber die Dimension der Transzendenz anerkennen, hier auch gekürzt, den an- und aufregenden Drewermann: "Erst mit der Vision einer religiösen Perspektive unseres Daseins können wir uns dieser Welt mit Haut und Haaren überlassen; ohne das Wissen von einem anderen Ufer wäre diese Welt für uns nichts als ein Abgrund. Es ist der Glaube, der uns lehrt, dieses Leben zu bestehen.." (Ich steige hinab in die Barke der Sonne, S. 218).

Freiheit und Bekenntnis gehören zusammen. Romano Guardini 1928: "Freiheit setzt einen Standort voraus, von dem die Entscheidung der Wahl möglich und sinnvoll wird.". Martin Buber im selben Jahr: "Der Gegensatz zu Zwang ist nicht Freiheit, sondern Bindungsbereitschaft."

Die Ambivalenz der Freiheit erfährt in dieser Bindungsbereitschaft ihre Auflösung wie ihre dauernde Bestätigung. Der Schöpfergott hat uns diese Ambivalenz zugemutet. Wir sollten sie nicht nur ertragen, sondern — wie unsere irdische Vergänglichkeit — anzunehmen und zu gestalten versuchen.

Ich mute Ihnen noch eine Beschreibung des Zeitgenossen als "Jaabersager" von Frederike Frei (1986) in sehr verkürztem Zitat zu: "...von Haus aus gutwillig/vom Fenster aus offen/mutig am Telefon/im Suff zuverlässig/ Hölzchen von Welt/ jederzeit entzündbar / ...Trittbrettfahrer/ der Gesellschaft im Sparclub der/Revolution Gedankenblitze ohne /Donner ein Wetter zum Heimleuchten."

Christen sollten Gedankenblitze mit Donner vertreten.